

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6284 –

Beteiligung der Bundeswehr an der Waffenmesse IDEX 2001

Vom 18. bis zum 22. März 2001 fand in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die „5th International Defence Exhibition 2001“ (IDEX 2001) statt. Insgesamt beteiligten sich mehr als 800 Unternehmen aus 42 Staaten an der Waffenmesse, darunter rund 50 deutsche Firmen und Konsortien. Laut einer auf den Internet-Seiten der Bundeswehr veröffentlichten Pressemitteilung reiste am 17. März 2001 zudem Walter Kolbow, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, nach Abu Dhabi. In der Pressemitteilung heißt es weiter: „Zur Unterstützung der deutschen Interessen und zur Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit wurde auch in den Vorjahren jeweils ein Flottenverband der Deutschen Marine nach Abu Dhabi entsandt. Am 17. März 2001 werden der Tender ‚Werra‘ und zwei Minenjagdboote, ‚Überherrn‘ und ‚Sulzbach-Rosenberg‘, in den Vereinigten Arabischen Emiraten erwartet. Während der Teilnahme an der ‚IDEX 2001‘ sollen neben der Möglichkeit die Schiffe zu besichtigen, auch zwei Präsentationen in See durchgeführt werden.“ Auch wurden u. a. Gespräche „zur Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit“ zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär Walter Kolbow und dem Verteidigungsminister der VAE, General Sheik Mohammed bin Rashid Al Aktoum, und dem Chef des Generalstabs, Generalleutnant Sheik Mohammed bin Zayed Al-Nahiyan, angekündigt.

Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation „amnesty international“ (ai) hat es seit Bestehen der VAE „weder Wahlen gegeben, noch sind politische Parteien erlaubt“. Die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung unterliegen dem Obersten Rat der Scheichs bzw. der Beratenden Versammlung, deren Mitglieder vom Obersten Rat ernannt werden (vgl. ai-Jahresbericht 2000). Allein im Jahr 2000 sollen mindestens 15 Todesurteile und 18 Prügelstrafen verhängt worden sein (vgl. ai-Jahresbericht 2001). Darüber hinaus ist die Meinungs- und Pressefreiheit durch staatliche Maßnahmen erheblich eingeschränkt. Die Situation von Frauen verstößt eklatant gegen international geltende Vereinbarungen über die Rechte von Frauen.

1. Hält es die Bundesregierung politisch für vertretbar, mit einem Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung und Einheiten der Bundeswehr an einer internationalen Waffenmesse wie der IDEX 2001 teilzunehmen, die in einem Land wie den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfindet, in dem demokratische Grundsätze strukturell missachtet und Menschen- wie Frauenrechte massiv eingeschränkt werden?

Wenn ja, warum?

Frieden und Stabilität auf der arabischen Halbinsel sind für die Sicherheit Europas von unmittelbarer Bedeutung. Es liegt im besonderen außen- und sicherheitspolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten zu entwickeln, die in der wichtigen, aber durch Instabilität gekennzeichneten Nah-/Mittelostregion einen stabilisierenden Faktor darstellen. Mit einer in die allgemeine Kooperation im Sinne eines umfassenden Sicherheitsverständnisses eingebundenen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich kann die Bundesrepublik Deutschland die auf Sicherheit und Stabilität in der Golfregion ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Arabischen Emirate wirksam unterstützen. Darüber hinaus haben die politischen und geostrategischen Veränderungen seit Ende der 80er Jahre eine Verschiebung, Neustrukturierung und Konzentration der Märkte – verbunden mit einem tiefgreifenden Abbau wehrtechnischer Kapazitäten – begründet. Die Bundesregierung begrüßt diesen Prozess. Gleichzeitig hält sie aus wohlverstandenen sicherheitspolitischen Interesse und im Hinblick auf eine zukunftsfähige europäische Verteidigungsindustrie den Erhalt einer ausreichenden nationalen Kernfähigkeit zur zeit- und sachgerechten Ausrüstung der Bundeswehr für unabdingbar. Diese industriellen Kapazitäten können durch Aufträge der Bundeswehr allein nicht gesichert werden. Unter der Bedingung der strikten Beachtung der gesetzlichen Grundlagen und der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ kann daher auch der Export von Rüstungsgütern in gewissem Umfang zum Erhalt dieser Kernkapazitäten beitragen. Aus diesem Grund unterstützt die Bundesregierung deutsche Unternehmen bei der Präsentation von Produkten der Wehrtechnik bei internationalen Messen. Hierzu gehören auch Besuche der Leitungsebene des Bundesministeriums der Verteidigung, der militärischen Führung der Bundeswehr sowie der entsprechenden Fachdienststellen. Hindernisse für eine Teilnahme an der International Defence Exhibition – IDEX – sind nicht gegeben.

2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, die Beteiligung von Mitgliedern der Bundesregierung und von Einheiten der Bundeswehr an internationalen Waffenmessen, zumal in Staaten mit undemokratischen und autoritären Regimes, entspricht dem Geist der „Allgemeinen Prinzipien“ der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, insbesondere was die Frage der Menschenrechte anbetrifft?

Wenn ja, warum?

Die Beteiligung von Mitgliedern der Bundesregierung und von Einheiten der Bundeswehr an der internationalen wehrtechnischen Messe IDEX in Abu Dhabi erfolgte auf der Grundlage der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“.

3. Wie bewertet die Bundesregierung mit Blick auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen und auf strukturelle Demokratiedefizite in den VAE das im März 1997 zwischen der Bundesregierung und den VAE abgeschlos-

sene Abkommen, in dessen Zentrum die erleichterte Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet steht?

Die 1997 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Generalhauptquartier der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate abgeschlossene Rahmenvereinbarung für eine rüstungswirtschaftliche und rüstungstechnische Zusammenarbeit bildet die Grundlage für eine amts- und industrieseitige Kooperation. Die Vereinbarung normiert die Einhaltung nationaler Gesetze und politischer Vorgaben. Einzelfallentscheidungen der Bundesregierung werden auf der Grundlage nationaler und EU-konformer Regelungen getroffen.

4. Ist es aus Sicht der Bundesregierung selbstverständlich, dass Einheiten der Bundeswehr an internationalen Waffenmessen teilnehmen, um damit zur „Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit“ und zur „Unterstützung der deutschen Interessen“ beizutragen?

Wenn ja, an welchen Waffenmessen hat sich die Bundeswehr in den vergangenen fünf Jahren beteiligt, aus welchen Haushaltstiteln wurde diese Form der Wirtschaftsförderung bezahlt und welchen finanziellen Beitrag leistete ggf. die deutsche Rüstungswirtschaft für diese Form der Unterstützung?

Besuche von Einheiten der Deutschen Marine im Ausland sind Ausdruck des außen-, und sicherheitspolitischen Interesses der Bundesrepublik Deutschland an den Entwicklungen in einer Region und der Entwicklung enger und partnerschaftlicher Beziehungen zu einem Land. Zugleich richtet sich die Teilnahme von Bundeswehreinheiten an internationalen wehrtechnischen Messen, mit der auch eine „Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit“ verbunden ist, am Ausbildungsbedarf und -interesse der Streitkräfte aus. Insoweit erfolgt die Finanzierung der Ausbildungs- und Übungsvorhaben aus den verfügbaren Mitteln der jeweiligen Haushaltsansätze (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 9).

5. Warum wurde die oben zitierte Pressemitteilung über die Reise vom Parlamentarischen Staatssekretär Walter Kolbow zur IDEX 2001 nicht, wie sonst üblich, auf der Internet-Seite mit Pressemitteilungen des Bundesministeriums der Verteidigung veröffentlicht, sondern nur auf den Seiten der Bundeswehr?

Die Pressemitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung zur Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs Walter Kolbow in die Vereinigten Arabischen Emirate wurde am 16. März 2001 auf der offiziellen Internetseite des Bundesministeriums der Verteidigung (www.bundeswehr.de) veröffentlicht.

6. Warum ist bei der Online-Ausgabe Mai 2001 des Monatsmagazins „Soldat und Technik“, das in enger Kooperation mit dem Bundesministerium der Verteidigung herausgegeben wird, „ausgerechnet der Bericht über die Rüstungsmesse von Abu Dhabi als einziger der aktuellen Ausgabe nicht online verfügbar“, wie etwa die „taz“ vom 17. Mai 2001 angemerkt hat?

Die Frage zur Online-Ausgabe der Zeitschrift „Soldat und Technik“ kann durch das Bundesministerium der Verteidigung nicht beantwortet werden. „Soldat und Technik“ arbeitet in ausschließlich presserechtlicher und inhaltlicher Verantwortung des Umschau-Verlages.

7. Woraus bestanden konkret die zwei angekündigten „Präsentationen in See“ und was haben sie jeweils gekostet?

Im Zusammenhang mit der IDEX 2001 wurde eine Präsentation durchgeführt. Dabei wurde die Vernichtung einer Seemine (Grundmine) durch die Minenvernichtungsdrohne „Seefuchs“ simuliert. Als Zieldarstellungsmittel wurde ein mit Beton gefülltes Grundminengefäß abgesenkt und die Vernichtung mit dem „Seefuchs“ simuliert. Scharfe Munition wurde nicht eingesetzt. Das Minengefäß und die Drohne wurden nach Beendigung der Demonstration wieder geborgen. Zur Durchführung der Präsentation befanden sich zwei Minenjagdboote für vier Stunden in See. Nach den einschlägigen Kostenrichtlinien wird die Seebetriebsstunde mit ca. 1 600 DM kalkuliert.

8. Was hat die Entsendung des Tender „Werra“ und der Minenjagdboote „Überherrn“ und „Sulzbach-Rosenberg“ zur IDEX 2001 insgesamt gekostet und wo befindet sich normalerweise deren Einsatzgebiet?

Im Mittelpunkt der Ausbildungsreise eines Minenabwehrverbandes unter deutscher Führung und mit Beteiligung jeweils einer französischen, belgischen und niederländischen Einheit stand die Teilnahme an dem unter US-Leitung stehenden internationalen Minenabwehrmanöver „Arabian Gauntlet“, das vor der Küste Bahreins stattfand, um Interoperabilität im Bereich der Minenabwehr und das gegenseitige Verständnis für Räumverfahren zu verbessern sowie dem seit 1998 bestehenden Wunsch der US Navy zur Teilnahme an dem Manöver zu entsprechen. Zugleich wurde durch Hafenbesuche in der Golfregion an den 10. Jahrestag des Einsatzes „Minenräumverband Südflanke“ im Jahre 1991 erinnert. Eine Beteiligung an IDEX 2001 erfolgte, weil sich der Minenabwehrverband in dem entsprechenden Zeitraum ohnehin in dem Seegebiet befand.

9. Welche Flottenverbände sind in den vergangenen Jahren zur IDEX entsandt worden und welche Kosten sind dabei jeweils entstanden (bitte nach Jahr, Flottenverband und jeweiligen Schiffen sowie angefallenen Kosten aufschlüsseln)?

Die Teilnahme von Einheiten der Deutschen Marine an der Wehrtechnikmesse IDEX erfolgt nur, wenn Ausbildungs- und Übungsvorhaben Ausbildungsreisen in die Golfregion zulassen. Auf Grund bestehender Haushaltsbestimmungen war es ab 1999 möglich, dass sich die deutsche wehrtechnische Industrie nach dem Prinzip des „cost-sharing“ beteiligen konnte. Die direkt der Messeteilnahme zuzurechnenden Zusatzkosten, wie zum Beispiel Teilnahmegebühren, Liegeplatzgebühren für exponierte Liegeplätze etc., wurden nach Absprache von der deutschen Industrie übernommen. Es nahmen teil:

- bei IDEX 1995 Fregatte AUGSBURG und Versorger GLÜCKSBURG
Kosten: 100 000 DM (ohne Industriebeteiligung)
- bei IDEX 1997 Fregatte MECKLENBURG VORPOMMERN, Minenjagdboot WEIDEN, Minensuchboot SIEGBURG und Versorger NIENBURG
Kosten: zirka 100 000 DM (ohne Industriebeteiligung)
- bei IDEX 1999 Minenjagdboot BAD RAPPENAU, Minensuchboot PEGNITZ und Tender WERRA
Kosten: zirka 10 000 DM (mit Industriebeteiligung)
- bei IDEX 1995 siehe Antwort zu Frage 7

10. Wurden im Jahr 2001 oder in den Vorjahren Präsentationen deutscher Rüstungsunternehmen auf der IDEX mit Mitteln des Bundes gefördert (wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Jahr, Unternehmen und präsentierter Produktpalette)?

Nein

11. Wurden im Jahr 2001 oder in den vergangenen zehn Jahren Präsentationen deutscher Rüstungsunternehmen auf der IDEX oder einer anderen Waffenmesse mit Mitteln des Bundes gefördert, zu dessen präsentierter Produktpalette Anti-Personen-Minen oder Kleinwaffen gehören?

Nein

12. Ging es bei den Gesprächen zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär Walter Kolbow und politisch wie militärisch Verantwortlichen der VAE auch um künftige deutsche Waffenexporte, etwa ein neues Radarsystem für Marineschiffe oder eine Modernisierung des Luftverteidigungs- und Küstenschutzradars?

Wenn ja, um welche Projekte ging es und welches Ergebnis wurde erzielt?

Wenn nein, warum ging es dann?

Die Gespräche des Parlamentarischen Staatssekretärs Walter Kolbow mit den Repräsentanten der Vereinigten Arabischen Emirate dienten neben einem Gedankenaustausch zu Fragen regionaler Sicherheit und Stabilität der Erörterung einer Intensivierung der bilateralen militärischen Beziehungen, insbesondere im Bereich Ausbildung und Erziehung. Am Rande der Gespräche wurden auch Fragen einer möglichen Einbeziehung deutscher Unternehmen in Beschaffungsvorhaben der Vereinigten Arabischen Emirate diskutiert. Dabei unterstrich der Parlamentarische Staatssekretär Walter Kolbow die Bedeutung des Entscheidungsvorbehalts der Bundesregierung bei Anträgen auf Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.

13. In welchem Umfang bestehen gegenwärtig Verträge über deutsche Waffenexporte in die VAE, in welchem Umfang stehen sie unmittelbar vor dem Abschluss und in welchem Umfang wurden in den vergangenen 20 Jahren Rüstungsgüter in die VAE geliefert (bitte nach Jahr, Rüstungsexportvorhaben und Finanzvolumen aufschlüsseln)?

Regierungsabkommen über deutsche Waffenexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate gibt es nicht. In der nachfolgenden Tabelle sind Angaben zu den in den Jahren 1990 bis 1999 erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter sowie die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen in die Vereinigten Arabischen Emirate enthalten. Auf die in Bundestagsdrucksache 14/5415 vom 2. März 2001 veröffentlichte Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Margareta Wolf auf die Frage 20 des Abgeordneten Winfried Nachtwei wird Bezug genommen. Auf Grund der wesentlich veränderten Auswertungsbasis seit der Wiedervereinigung sowie aus Gründen zweifelhafter Validität der Daten vor 1990 unter anderem wegen der seinerzeit eingeschränkten Möglichkeiten der EDV wird von der Berücksichtigung der Jahre 1980 bis 1989 abgesehen. Eine weitere Aufschlüsselung nach einzelnen Rüstungsexportvorhaben hat aus Gründen des Schutzes des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses der beteiligten Unternehmen zu unterbleiben.

Genehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen (KW) und sonstigen
Rüstungsgütern sowie tatsächliche Ausföhren an Kriegswaffen in die
Vereinigten Arabischen Emirate
in Tausend DM

Jahr	Genehmigungen KW und sonstige Rüstungsgüter	Ausföhren von KW
1990	182 885	478 077
1991	53 266	247 400
1992	29 665	844
1993	17 421	3 460
1994	80 950	42
1995	236 440	21 186
1996	220 746	33
1997	258 183	8 608
1998	40 821	13
1999	336 651	36
Summe	1 457 028	759 699

